

Judenmörder und BND

Walter Rauff und andere: Aus der Schußlinie genommen, aber kein Verzicht auf ihre Dienste

Von Gotthold Schramm



»Lebenslange Internierung empfohlen«: Walter Rauff kurz nach der Verhaftung im Mailänder Regina-Hotel 1945

Foto: AP

Professor Dr. Jost Dülffer, Universität Köln, gehört der Unabhängigen Historikerkommission an, die Anfang 2011 vom Bundesnachrichtendienst (BND) berufen wurde, um dessen Geschichte in den Jahren 1945 bis 1968 zu untersuchen. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichte er am Dienstag einen detaillierten biographischen Text über SS-Standartenführer Walter Rauff (1906–1984), den Erfinder der Vergasungswagen im deutschen Faschismus (siehe jW vom 28. September). Dabei unterzog er die 900 Seiten Vorgangsmaterial einer anerkanntswerten Analyse. Seiner Schlußfolgerung, »vorerst zeichnen sich nur Ansätze von Netzwerken aus der NS-Zeit in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft ab«, kann jedoch nicht gefolgt werden. Nicht Ansätze, sondern umfassende Netzwerke in bedeutenden gesellschaftlichen Bereichen sind erwiesen. Professor Dieter Schenk hat das mit seinem Buch »Die braunen Wurzeln des BKA« (2001) hinreichend für das Bundeskriminalamt bewiesen. Es sei nur auf die Rolle von dessen früherem Präsidenten Paul Dickopf (1910–1973) als SS-Untersturmführer im Nazi-Geheimdienstapparat und als CIA-Agent verwiesen.

Für die »Organisation Gehlen«, dem späteren BND, gilt das im besonderen Maße. Von 1946 an ist ein Netzwerk von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern entstanden, das sich auch in Bundeswehr, Verfassungsschutz und Polizei ausbreitete.

Forschungsergebnisse

Historiker und Publizisten der DDR haben an dessen Aufdeckung hohen Anteil, auch wenn das auf westdeutscher Seite nicht immer zur Kenntnis genommen wird. Hier seien nur Autoren wie Julius Mader, Klaus Geßner (»Geheime Feldpolizei«, 1986 und 2010), Kurt Pätzold und Detlef Joseph. genannt. Allein in den Untersuchungen zur Gründergeneration deutscher Geheimdienste (siehe Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hg.): Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945, 2007) sind Hunderte Mitarbeiter von BRD-Behörden, vorrangig des BND, mit zum Teil ausführlichen Biographien und Beweisen bzw. Hinweisen auf Naziverbrechen aufgeführt.

Zur Zeit der DDR bestand die Möglichkeit, auf deren zentrale Archive und Karteien sowie auf solche befreundeter Staaten zurückzugreifen, vor allem in Polen und in der Sowjetunion. Dadurch war es möglich, entsprechendes Material zu sichern. Man kann nur hoffen, daß auf die damaligen Erkenntnisse beim Erforschen der Vergangenheit des BND zurückgegriffen wird – wenn es für erforderlich gehalten wird, möge man sie prüfen. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Untersuchungsergebnisse des BND-Historikers Erich Schmidt-Eenboom verwiesen (Der BND, 1993. Am 26. September erscheint im Ch. Links Verlag: Matthias Ritzi/Erich Schmidt-Eenboom: Im Schatten des Dritten Reiches. Der BND und sein Agent Richard Christmann)

Zur Vorgeschichte von Geheimdiensten und anderen Behörden der BRD gehört vor allem die Beteiligung vieler Mitarbeiter und führender Personen an der nazistischen Judenverfolgung. Spätestens mit dem Pogrom vom 9. November 1938 war eine neue Stufe erreicht, mit der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 die systematische, industriemäßige Vernichtung der europäischen Juden ratifiziert. Sie gehört zu den abscheulichsten Verbrechen des faschistischen Staates. Im Juli 1944 schrieb der britische Premier Winston Churchill dazu: »Es besteht kein Zweifel, daß dies wahrscheinlich das größte und schrecklichste Verbrechen darstellt, das jemals in der Weltgeschichte begangen wurde (...). Es ist völlig klar, daß alle an diesem Verbrechen Beteiligten, die uns in die Hände fallen, einschließlich jener Leute, die nur Befehlen gehorchten, indem sie das Gemetzel ausführten, hingerichtet werden müssen.«

Rattenlinien

Der Schreibtischmörder Hans Globke (1898–1973), Leiter des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer und zuständig für die »Organisation Gehlen«, sorgte dafür, daß genau dies nicht geschah. In der »Organisation Gehlen« und im BND wurde den an der Judenvernichtung aktiv Beteiligten Unterschlupf und Sicherheit gewährt, z. B. dem Leiter des federführend beteiligten »Wannsee-Instituts« (später Abteilung VII des Reichssicherheitshauptamtes – RSHA), Dr. Franz Alfred Six (1909–1975) sowie dessen Mitarbeitern Dr. Emil Augsburg (1904–1981) und Professor Dr. Michael Achmeteli (1895–1963). Gleiches galt für Angehörige von Einsatzgruppen der SS und der Wehrmacht, die unmittelbar an der Ermordung ungezählter Juden beteiligt waren.

Zu ihnen gehörte auch Rauff. Er geriet im April 1945 in Mailand in alliierte Gefangenschaft. Im Ergebnis der Vernehmung wurde eine »lebenslange Internierung« empfohlen, aber im Dezember 1946 gelang ihm die Flucht. 1947/1948 versteckte er sich in verschiedenen Klöstern Italiens, unterstützt von Bischof Alois Hudal, einem der Akteure für die »Rattenlinien«, d. h. die Ausschleusung von Kriegsverbrechern nach Südamerika und Nordeuropa. Vom Juli 1948 bis August 1949 arbeitete Rauff in Syrien in verantwortlichen Geheimdienstfunktionen und baute u.a. das »Zweite Büro« nach Gestapo-Vorbild auf. Nach einem Zwischenaufenthalt in Italien reiste er 1949 nach Ecuador und von dort im Oktober 1958 nach Chile. Hier begann, nach den nunmehr freigegebenen Unterlagen, die Zusammenarbeit mit dem BND, die bis 1962 dauerte. Obwohl 1961 durch das Amtsgericht Hannover ein Haftbefehl erwirkt wurde, reiste er im Auftrag des BND 1962 mit gefälschten Papieren zur Schulung in die BRD ein in Kenntnis und unter Mißachtung der Haftanordnung.

Besonders bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang eine Befragung Rauffs 1972 in Santiago de Chile, d.h. während der Regierungszeit Salvador Allendes. Damals lief die CIA-Aktion »Centauro« zum Sturz des chilenischen Präsidenten bereits auf Hochtouren. Zur Einvernahme Rauffs als Zeugen am 28. Juni 1972 in der BRD-Botschaft waren ein Untersuchungsrichter und ein Staatsanwalt des Landgerichts Hamburg angereist. Die

16seitige »Vernehmungsniederschrift« ist ein schlagendes Beispiel für den Unwillen und die Unfähigkeit der Untersuchung von Kriegsverbrechen durch westdeutsche Behörden. Auf 14 Seiten werden Auskünfte zu Mitarbeitern der RSHA eingeholt, auf ganzen zwei Seiten wird zaghaft nach dem Anteil Rauffs bei der Judenvernichtung gefragt. Seine Rolle war zu diesem Zeitpunkt in Einzelheiten bekannt.

Die Vernehmer gaben sich dabei laut Protokoll mit solchen Erklärungen Rauffs zufrieden wie: »Ich habe niemals offiziell erfahren, auf welchem Befehl die Tötung der Juden beruhte. Zwar ist mir nach dem Kriege bekanntgeworden, daß es einen sogenannten Führerbefehl gab, ich kann mich jedoch nicht daran erinnern, daß mir schon während des Krieges jemals gesagt worden wäre, daß ein derartiger Befehl vorliege.« Oder: »Von den Liquidierungsmaßnahmen in Polen muß ich aus den Amtschefbesprechungen erfahren haben. Eine eigene Erinnerung an diese Dinge habe ich heut nicht mehr.« Oder: »Wenn es in dem Protokoll über die Besprechung vom 21. September 1939 heißt, das Judentum sei in den Städten im Ghetto zusammenzufassen, um eine bessere Kontrollmöglichkeit und später Abschubmöglichkeit zu haben, so kann ich heute nicht sagen, was damals unter Abschubmöglichkeit verstanden wurde.« Oder: »Hinsichtlich der Judenvernichtung in Rußland weiß ich, daß dafür Gaswagen eingesetzt wurden. Ich kann aber nicht sagen, von wann an in welchem Umfang dies geschehen ist. Ich war früher der festen Meinung, daß die Sache mit dem Gaswagen in der Zeit angelaufen ist, in der ich bei der Marine war. Heute habe ich daran Zweifel und halte es für möglich, daß diese Angelegenheit erst in Gang gekommen ist, nachdem ich von der Marine zurückgekommen war. Jedenfalls weiß ich, daß ich irgendwann nach meiner Rückkehr im Hof zwei dieser Gaswagen stehen gesehen habe. Irgendwie habe ich dann auch erfahren, daß man die Gaswagen zur Vollstreckung von Urteilen wie auch zur Tötung der Juden benutzt hat.«

Übrigens wurde die BRD-Botschaft in Santiago de Chile damals von Botschafter Kurt Luedde-Neurath (1911–1984) geleitet. Dieser lehnte nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 gegen Allende die Aufnahme von Asylsuchenden ab, hielt die Tore für in Lebensgefahr befindliche Chilenen geschlossen und wies leitende Funktionäre der Allende-Regierung zurück. Erst im November wurde auf internationalen Druck hin mit der Aufnahme ausgewählter Asylanten begonnen. So schließen sich Netzwerke in der BRD.

Unser Autor ist Oberst a. D. der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Er war verantwortlich für die Bearbeitung von Geheimdiensten